

Allgemeine Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Landkreis Havelland

gemäß Artikel 12 bis 22 und 34 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die vorliegende allgemeine Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten gibt Auskunft über die informationspflichtigen Angaben, die für alle Verarbeitungstätigkeiten der Verantwortlichen zutreffend sind. Sie gilt für spezifische Verarbeitungstätigkeiten in Verbindung mit den jeweiligen ergänzenden Informationen zur Verarbeitungstätigkeit, insb. zu den Punkten 1.2, 2 bis 8 dieser Information.

1 Kontaktdaten

1.1 Verantwortliche

Verantwortliche für die Datenverarbeitung im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist der

Landkreis Havelland
Der Landrat
Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow
Telefon: (03385) 551-0
E-Mail: landkreis@havelland.de

1.2 Bestimmte Stelle

Zweckmäßigerweise werden personenbezogene Daten durch eine bestimmte Stelle innerhalb der Behörde, der eine Aufgabe zugewiesen ist, verarbeitet. Die Kontaktdaten der bestimmten Stelle sind der jeweils zutreffenden ergänzenden Information zur Verarbeitungstätigkeit zu entnehmen.

1.3 Datenschutzbeauftragter

Die Verantwortliche hat eine/n Datenschutzbeauftragte/n gemäß Art. 37 DSGVO benannt:

Datenschutzbeauftragte/r des Landkreises Havelland
Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow
Telefon: (03385) 551-1295
E-Mail: datenschutz@havelland.de

2 Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen

Der Zweck, einschließlich der jeweiligen Rechtsgrundlage, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden, ergibt sich aus der ergänzenden Information oder dem Verzeichnis (Art. 30 DSGVO) zur Verarbeitungstätigkeit bei den Stellen nach Pkt. 1.2 bzw. 1.3. Sofern die Verantwortliche Daten zu einem anderen als dem ursprünglich angegebenen Zweck verarbeiten möchte, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 13 (3) DSGVO informiert.

3 Erhebung von Daten bei Dritten

Grundsätzlich erhebt die Verantwortliche personenbezogene Daten bei der betroffenen Person. Erhebt die Verantwortliche ausnahmsweise Daten bei Dritten, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 14 DSGVO einschließlich der Quellenangabe informiert.

4 Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Ob besondere Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten für die betroffene Person bestehen und die Folgen der Nichtbereitstellung sind der ergänzenden Information zur Verarbeitungstätigkeit zu entnehmen.

5 Datenübermittlungen

Die Verantwortliche übermittelt personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person. Übermittlungen personenbezogener Daten sowie die Empfänger/innen oder deren Kategorien einschließlich Angaben zu Übermittlungen an Drittländer sind der ergänzenden Information zur Verarbeitungstätigkeit zu entnehmen.

6 Speicherfristen

Die Verantwortliche wird personenbezogene Daten nur so lange speichern, wie dies für die Erreichung des unter Punkt 2 genannten Zwecks erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine Speicherung vorschreiben. Erläuterungen können der ergänzenden Information zur Verarbeitungstätigkeit entnommen werden.

7 Betroffenenrechte

Sofern nicht besondere Vorschriften entgegenstehen, werden der betroffenen Person nachfolgende Betroffenenrechte eingeräumt, die (ausg. Punkt 7.5) zweckmäßigerweise bei der unter Punkt 1.2 oder, sofern diese nicht bekannt ist, bei der unter Punkt 1.3 benannten Stelle geltend zu machen sind.

7.1 Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung

Jede betroffene Person hat

- a) neben dieser allgemeinen und der ergänzenden Informationen zur Verarbeitungstätigkeit nach Art. 15 DSGVO einen individuellen **Auskunftsanspruch** über ihre durch die Verantwortliche verarbeiteten personenbezogenen Daten, insb. über deren Inhalt sowie individuelle Angaben zu den Punkten 2 bis 7 dieser allg. Information,
- b) nach Art. 16 DSGVO das Recht, von dem Verantwortlichen die **Berichtigung** von unrichtigen oder die **Ergänzung** von unvollständigen personenbezogenen Daten zu verlangen,
- c) den Anspruch, die Verantwortliche zur **Löschung** der betreffenden personenbezogenen Daten nach Art. 17 DSGVO aufzufordern und
- d) unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO das Recht, die **Einschränkung** der Datenverarbeitung zu fordern.

7.2 Widerspruch

Die betroffene Person kann aus Gründen einer besonderen Situation der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zur Aufgabenerfüllung nach Art. 6 (1) Buchstabe e DSGVO widersprechen, sofern die Verantwortliche keine schutzwürdigen Gründe für eine weitere Verarbeitung nachweisen kann.

7.3 Datenübertragbarkeit

Erfolgt die Verarbeitung mithilfe eines automatisierten Verfahrens auf Grundlage einer Einwilligung der betroffenen Person, so hat sie das Recht, die Bereitstellung ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu verlangen.

7.4 Widerrufsrecht

Sofern die Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf der Einwilligung der betroffenen Person beruht, hat sie das Recht, diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die betroffene Person wird mit der Einwilligung über das Widerrufsrecht und die Art und Weise, wie dieser erfolgen kann, informiert.

7.5 Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht, sich über Verletzungen des Datenschutzrechts bei nachfolgender Behörde zu beschweren:

Landesbeauftragte für den Datenschutz Brandenburg
Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow
Telefon: (033203) 356-0, Fax: (033203) 356-49
E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de,
Internet: www.lda.brandenburg.de

8 Benachrichtigung bei Verletzung des Datenschutzes

Bei Verletzung des Datenschutzes erfolgt durch die Verantwortliche eine Meldung an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde. Hat die Verletzung ein hohes Risiko für die persönlichen Rechte und Freiheiten einer natürlichen Person zur Folge, benachrichtigt die Verantwortliche die betroffene Person darüber.

Ergänzende Information zur Verarbeitungstätigkeit „Durchführung eines Vergabeverfahrens“
zur allgemeinen Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Landkreis Havelland
gemäß Artikel 12 bis 22 und 34 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die allgemeine Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Landkreis Havelland wird hinsichtlich der konkreten Verarbeitungstätigkeit „Durchführung eines Vergabeverfahrens“ durch nachfolgende Informationen wie folgt ergänzt:

Zu:

1 Kontaktdaten

1.2 Bestimmte Stelle (hier Vergabestelle)

Zweckmäßigerweise werden die personenbezogenen Daten durch die nachfolgend bestimmte Stelle innerhalb der Behörde verarbeitet:

Landkreis Havelland
Dezernat I, Zentrale Vergabestelle
Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow
Telefon: 03385/551-0; E-Mail: vergabestelle@havelland.de

2 Zweckbestimmung und Rechtsgrundlagen

Die Daten werden zu nachfolgend benanntem Zweck verarbeitet:

Durchführung des Vergabeverfahrens, Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen, Abfrage und Überprüfung der Eignung, Führen sachdienlicher Kommunikation

Pflege einer Bieterkartei

Berücksichtigung in Vergabeverfahren ohne Bekanntmachungspflicht und Teilnahmewettbewerb

Abschluss und Abwicklung von (fiskalischen) Vertragsverhältnissen

Die Rechtsgrundlagen zur Verarbeitungstätigkeit bilden:

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b DSGVO, Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c i. V. m. Artikel 6 Absatz 3 DSGVO, § 55 Landeshaushaltsordnung Brandenburg, § 30 KomHKV, GWB, VgV, VOB, UVgO, § 5 Absatz 1 Brandenburgisches Datenschutzgesetz

3 Erhebung von Daten bei Dritten

Grundsätzlich erhebt die Vergabestelle personenbezogene Daten bei der betroffenen Person bzw. bei den Firmen, denen die betroffenen Personen angehören (Beschäftigtenverhältnis o. ä.).

Inwieweit darüber hinaus ausnahmsweise Daten bei Dritten (Information nach Art. 14 DSGVO) erhoben werden, ist der Ziffer 5 zu entnehmen.

4 Pflichten zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für eine zukünftige Auftragserteilung und somit für einen zukünftigen Vertragsschluss erforderlich.

Bei Nichtbereitstellung der Daten kann die Vergabestelle die ihr obliegenden Prüferfordernisse nicht erfüllen. Folglich wird das Angebot im Vergabeverfahren nicht berücksichtigt bzw. ausgeschlossen. Weiterhin ist keine Aufnahme in die zentrale elektronische Unternehmensdatenbank des Landkreises Havelland und somit auch keine Beteiligung an Vergabeverfahren ohne Bekanntmachungspflicht und Teilnahmewettbewerb möglich.

5 Datenübermittlungen

- ☒ Die Verantwortliche übermittelt personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person, u. a.:

Die Vergabestelle ist nach § 19 Absatz 4 Mindestlohngesetz, § 21 Absatz 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Absatz 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000,- Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung beim Bundesamt für Justiz anzufordern.

Nach § 10 Absatz 3 des Brandenburgischen Vergabegesetzes meldet die Vergabestelle der im Land Brandenburg beim für Wirtschaft zuständigen Ministerium der Landesregierung eingerichteten zentralen Informationsstelle solche Auftragnehmer, die wegen einer schuldhaften Verletzung ihrer nach § 6 Absatz 2 sowie §§ 8 und 9 Absatz 1 des Brandenburgischen Vergabegesetzes vereinbarten Pflichten von der Teilnahme am Wettbewerb um Aufträge wegen mangelnder Eignung ausgeschlossen wurden (Auftragsperre).

Die Vergabestelle fragt bei der v. g. Informationsstelle auch an, inwieweit Eintragungen in der Sperrliste zu Bietern mit einem für den Zuschlag in Betracht kommenden Angebot vorliegen. Dies gilt entsprechend vor Entscheidungen über die Beschränkung des Bieterkreises hinsichtlich der aussichtsreichen Bewerber, wenn der Bieterkreis beim Wegfall eines Bieters beschränkt würde. Unterhalb von 3.000,- Euro ohne Umsatzsteuer liegt die Anfrage im Ermessen der Vergabestelle.

Ihre personenbezogenen Daten werden ggf. auch an Referenzgeber zur Prüfung der Referenzen weitergegeben.

Hat die Vergabe eines öffentlichen Auftrags gemäß Hauptsatzung mit Gremienbeteiligung (z. B. Kreisausschuss oder Kreistag) zu erfolgen, werden im Rahmen der Beschlussvorlage der Bietername und der Angebotspreis bekannt gegeben.

Bei Anwendbarkeit des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erfolgt gemäß § 134 eine Vorabinformation gegenüber nicht berücksichtigten Bietern und Bewerbern.

Bei Anwendbarkeit der Vergabeverordnung hat der öffentliche Auftraggeber seine Absicht, einen Auftrag zu vergeben oder eine Rahmenvereinbarung abzuschließen, gemäß § 37 in einer Auftragsbekanntmachung mitzuteilen. Für die Auftragsbekanntmachung würde der Vergabemarktplatz des Landes Brandenburg und/oder die Homepage des Landkreises Havelland genutzt. Weiterhin sind die Ergebnisse des Vergabeverfahrens nach § 39 an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union zu ermitteln.

- ☐ Die Daten werden an Drittstaaten/internationale Organisationen übermittelt:

6 Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten in Unterlagen sind die haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen (§ 79 Landeshaushaltsordnung Brandenburg).

Im Falle von Nachprüfungsverfahren richtet sich die Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten in Unterlagen nach den Aufbewahrungsfristen der Geschäftsordnung der Vergabekammern des Landes Brandenburg.

Im Übrigen werden die Daten nach der Erhebung in der zentralen elektronischen Unternehmensdatenbank des Landkreises Havelland dauerhaft gespeichert, bis die Vergabestelle über den ausdrücklichen Wunsch eines Unternehmens, entfernt/gelöscht zu werden, Kenntnis erlangt.